

An die Medienschaffenden

Mittwoch, 08. März 2023

Universität Luzern gehört allen – Lösungen anstatt Pol-Politik!

Am Dienstag, 07. März 2023 hielt die SVP Kanton Luzern im Hörsaal 1 der Universität Luzern eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Asylwesen“ ab. Die JUSO, die Jungen Grünen sowie das OAT Luzern wehrten sich mit einer Medienmitteilung und einem offenen Brief an die Universität Luzern gegen diese Veranstaltung. Dabei fordern sie extremistisch: „Keine Bühne für die SVP! – Auch an der Universität Luzern!“

Die Jungfreisinnigen Luzern verurteilen diese polarisierende Forderung seitens der linken Jungparteien. Die Universität Luzern ist gemäss § 1 Universitätsgesetz/LU eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Das Verbannen von anderen Parteien aus den öffentlichen Räumen des Kanton Luzerns greift klar zu weit und zeigt wieder einmal mehr das Schwarz-Weiss-Denken der Polparteien in der Schweizer Politik auf.

Die Realität in der Asylpolitik ist jedoch viel komplexer. Die Jungfreisinnigen Luzern verurteilen Rassismus und Hetze; die Asylpolitik der SVP ist für uns zu radikal und taugt in der Praxis nicht. Die aktuelle Migrationspolitik wird nebst den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Wir stehen vor diesem Hintergrund konsequent für eine strenge, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Schutzbedürftigen soll rasch Schutz geboten werden. Gleichzeitig sollen die Rückführungen bei einem negativen Asylentscheid optimiert und konsequent vollzogen werden.

Es ist einer Demokratie unwürdig, andere Meinungen und Ansichten, die sich nicht mit dem eigenen Parteiprogramm decken, mundtot machen zu wollen. Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelten in unserem Rechtssystem nicht nur für einzelne Jungparteien, sondern für alle!

Eine zusätzliche Lösung auf den steigenden Migrationsdruck liefern die Jungfreisinnigen mit ihrer eidgenössischen Volksinitiative, der Renteninitiative: Gemäss des Forschungsberichtes des Instituts Ecoplan, kann die Erhöhung des Rentenalters die Zuwanderung um ein Viertel reduzieren. Wenn die Beschäftigten im Inland länger arbeiten, suchen die Unternehmen weniger Arbeitskräfte im Ausland. Das führt zu einer geringeren Zuwanderung.

Fazit: Wir fordern eine sachliche und faire Diskussion zum Thema Migration – ohne Hetze zwischen den Polparteien, Andersdenkenden und Geflüchteten! Wir fordern den öffentlichen Diskurs. Eine gute Möglichkeit dazu bietet im kommenden Herbst das Polit-Battle Leodegar der Jungfreisinnigen Stadt Luzern.

Weitere Auskünfte erteilen:

Thomas von Allmen

Präsident Jungfreisinnige Kanton Luzern

thomas.vonallmen@jflu.ch

076 391 56 23

Lukas Blaser

Präsident Jungfreisinnige Stadt Luzern

praesidium@jflu.ch

077 469 31 91